

# Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

**Bezugspreis** für Post und Stadt freibleibend, Ortsbezug mitschließlich, Postbezug monatlich, Nachlieferung vorbehalten. Erscheint viermal wöchentlich nachmittags, Einzelnummer 120 M., Sonn- und Feiertagsausgabe: 10 M. Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Pöhlertstraße 4; Zweiteilige Götterstraße 38 für unerledigte Bestellungen wird keine Gebühr geleistet. Erschließung: Merseburg, 3m Kalle 55b, Gem. (Ertrek ulw) besteht k. Anpr. a. Liefer. o. Rückvergrät.



**Anzeigenpreis** für den achteckigen Millimeterum 7 Goldpfennig; im 7. und 8. Halbtag; für 50 Millimeter und 10 Millimeter 21 Goldpf., 10 Millimeter. Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgebend. Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzverpflichtung ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100.

Nr. 290

Dienstag, den 11. Dezember 1923

163. Jahrgang

## Die ersten Zwangsmaßnahmen der Regierung.

Das Reichskabinett trat gestern nachmittags 5 Uhr zur Beratung der ersten notwendigen Verordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zusammen. Da in erster Linie die sofortige Befähigung von finanziellen Mitteln für das Reich notwendig ist, werden die bereits mehrfach angefügten Steuererordnungen zuerst beraten. Diese Verordnungen werden für die Landwirtschaft insofern eine besondere Bedeutung haben, als gerade für landwirtschaftliche Kreise ein finanzieller Eingriff bevorsteht, der nach den eigenen Worten maßgebender Mitglieder des Kabinetts einen Eingriff in die Vermögenssubstant gleichkommt. Im Zusammenhang mit der Befähigung finanzieller Mittel für das Reich wird auch die **Regelung des Mietwesens** erledigt werden und zwar unter dem doppelten Gesichtspunkt, daß einmal das Mietminderungsrecht, das ursprünglich bis zum Jahre 1925 Geltung haben sollte, durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt ist und eine **härtere Befähigung der Mieter** möglich ist, auf der anderen Seite aber auch unter dem Gesichtspunkt, daß sich zum größeren Teile das Mietrechtssystem mit den Grundlagen des Mietminderungsrechts abgefunden hat und infolgedessen eine **härtere Befähigung des Hausbesitzes** durchgeführt werden kann.

Die in der Presse bereits mitgeteilten Einzelheiten der kommenden Steuererordnung entkommen einem bereits überholten Beschluß. Ein besonderer Ausschuss wird diese Angelegenheit zunächst noch einmal beraten. Grundätzlich ist daran gedacht, während des Jahres 1924 die Mieten allmählich auf den Stand der Friedensmieten in Weimar zu bringen und von diesem Zeitpunkte an einen erheblichen Prozentsatz, vielleicht bis 50 Prozent als Steuer abzuhelfen.

Die Frage der Beamtenbesoldung wird trotz der berechtigten Wünsche der Beamten wahrscheinlich nicht nur vom Reichskabinett, sondern auch von dem Reichsrechnungsrat nicht anders geregelt werden können, als das Reichsrechnungsrat vorgeschlagen hat, weil einfach dem Maße die Mittel fehlen.

### Der Beamtenabbau

Wird gleichfalls noch vor Weihnachten auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch das Reichskabinett Erledigt. Man hofft schon beschlossene Verordnungen eingeleitet werden. Im übrigen wird sich wahrscheinlich sehr bald herausstellen, daß die verfassungsrechtliche Grundlage des neuen Ermächtigungsgesetzes für die Verabschiedung der neuen Beamtenbesoldungsgesetze nicht ausreicht, sondern daß man die außerordentlichen Schwierigkeiten, die für einzelne Gruppen der Wirtschaft und auch für die Beamten durch die Verabschiedung der Regierung einzutreten müssen, die Vertreter der Parteien im Reichsrechnungsrat gegen eine solche Maßnahme aussprechen müssen. Dadurch können erhebliche Schwierigkeiten entstehen, die wenn es nach den Wünschen der Sozialdemokraten geht, zu einem immer härteren Druck der sozialistischen Vertreter im Reichsrechnungsrat führt.

Im jeden Fall aber werden die Meinungsverschiedenheiten insofern zu verfassungsrechtlichen Erörterungen und damit zu einer **härteren Fassung der Arbeit der Regierung** Anlaß geben, weil es von vornherein gar nicht klar ist, ob Fragen des Beamtenabbaues, der Arbeitszeit und auch Steuerfragen, sobald ein Eingriff in die Vermögenssubstant vorliegt, nicht auf eine Änderung der Verfassung hinauslaufen und deshalb von diesem Ermächtigungsgesetz gar nicht geregelt werden können. Die Situation ist also damit für das Kabinett Marx nicht etwa so einfach, wie sie für das zweite Kabinett der Großen Koalition war. Die unpopuläre Debatte ist mit der Beratung des Reichstages nur aus dem Mienen und aus den Fraktionen in den Reichsrechnungsrat verlegt, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß schon in allerhöchster Zeit das Kabinett vor neue Schwierigkeiten gestellt wird.

### Um die Mieten.

Der „L. A.“ will über den abgeänderten Entwurf eines Mietminderungsgesetzes erfahren haben, daß der Entwurf eine **Aufhebung der Mieten** auf Friedenshöhe bis zum 1. Oktober 1924 vorsehe. Die in dem Entwurf aufgeführten Sätze seien jedoch nur Mittelmaß, über die die Landesbeschränkung, denen die endgültige Festlegung obliegt, im Reichsrechnungsrat hinausgehen dürften. Die zu errechnenden Mieten sollen den Hausbesitzern restlos zufallen, ohne daß eine Beteiligung des Reiches an den Mieten beabsichtigt sei. Für diesen Fall würde man dem Maße Mittel für Wohnungsbau nicht zur Verfügung stellen. Man hoffe vielmehr, daß diese Mittel aus den erhöhten Mieten, die den Hausbesitzern zufallen, geschaffen werden. Der Einnahmefall des Reiches dürfte durch eine Steuer, vielleicht auch durch Erhaltung der Gewinne aus Hypotheken ausgeglichen werden. Endgültige Beschlüsse darüber liegen jedoch nicht vor.

### Mißklang in der sozialdemokratischen Partei.

Die Berliner sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsfunktionäre nahmen gestern mit übergroßer Mehrheit eine Entschließung an, in der die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichsregierung zum zweiten Ermächtigungsgesetz beurteilt wird.

## Die holländische Sozialdemokratie gegen den Parteivorstand und Reichstagsfraktion.

Am 10. Dezember. Eine erweiterte Sitzung des Parteivorstandes und der Gesamtpropagandakommission nahm gestern (Sonntag) Stellung zur politischen Lage. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in welcher erklärt wird, daß die von Parteivorstand und Reichstagsfraktion eingeschlagene Politik unvereinbar ist mit den Grundgedanken des Sozialismus und des politischen Klassenkampfes. Die Verammlung spricht deshalb dem Parteivorstand und der Fraktionsmehrheit ihr **schärfstes Mißtrauen** aus. Wünschenswert vertritt sie mit aller Entschiedenheit die Beschlüsse des Parteiaussschusses, die darauf hinzielen, die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei zu erdroffeln. Im übrigen die Politik des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit vollkommene Klarheit zu schaffen, fordern Parteivorstand und Propagandakommission die baldige Einberufung eines Reichsparteitagess. Ferner wird die Zurücknahme des Ausschusses des Hbg. Hoffmann vom Parteivorstande gefordert. Der bisherige politische Redakteur des holländischen Parteiorans, **Georg Schulz**, wurde von seinem Posten entfernt und an dessen Stelle der frühere anhängige Landrat, **Genoje Kasper**, bestimmt.

## Die Beamtenbesoldung vom Kabinett genehmigt.

Berlin, 11. Dezember. Das Reichskabinett genehmigte gestern die Neuregelung der Beamtenbesoldung und befahte sich mit einer Reihe weiterer Vorlagen.

Die gefassten Verhandlungen im Reichsministerium des Innern zwischen der Reichsregierung und den Beamtenorganisationsführern nach den Wählern zu keiner Einigung. Es ist damit zu rechnen, daß trotzdem im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten zur Durchführung kommt.

## Eine Steuererordnung.

Berlin, 11. Dezember. Der Reichsrechnungsrat veröffentlichte eine Steuererordnung, die die Steuererordnung vom 7. Dezember 1923, Durchführungsbestimmungen zur Steuererordnung vom 7. Dezember 1923, eine Verordnung über die Erhöhung der Erbschaftsteuer.

Berlin, 11. Dezember. Infolge der Marktenwertung im Oktober und November ist durch die Steuererordnung die Umwälzung der Goldmark umgekehrt. Soweit bis 10. Dezember eine Voranmeldung und Vorauszahlung auf die Umsätze im November fällig gewesen ist, gelang ihre Verrechnung in Papiermark, weshalb jetzt eine Nachzahlung erforderlich ist. Als Zahlung der Umsätze in Gold wird erachtet, wenn die Steuerpflichtigen bis zum 18. Dezember ihre für die Novembererträge geleistete Vorauszahlung wiederholen. Bei dieser Wiederholung ist derselbe Goldmarkbetrag zu entrichten, der dem Goldwerte der geleisteten Vorauszahlung entspricht. Die Steuerpflichtigen, die diese Befreiung nicht nutzen wollen, haben bis zum 18. Dezember eine ergänzende Voranmeldung und Vorauszahlung abzugeben. Hierbei ist zwischen Steuerpflichtigen zu unterscheiden, die im November Bücher auf wertbeständiger Grundlage geführt haben, und den übrigen. Der Steuerpflichtige hat bereits in der Voranmeldung für November die Verrechnung auf Grund des in Papiermark berechneten Umsatzes in Papiermark anzugeben. Dieser Betrag ist nunmehr unter Zugrundelegung des Umrechnungssatzes für die Monatsheften am Zahlungstage in Gold umzurechnen. Sind Bücher auf wertbeständiger Grundlage nicht geführt, so ist der Goldbetrag für den Novemberumsatz unter Zugrundelegung des Dollardurchschnittskurses für November zu ermitteln, wobei der Umrechnungssatz 500 Milliarden Mark beträgt.

## Die Regierung Macdonald?

London, 11. Dezember. Der König empfing gestern den Premierminister Baldwin in einer 40 Minuten währenden Audienz. Keiner merkt, daß die Frage des Rücktritts Baldwin bisher nicht aufgenommen worden ist. Die Wählern zufolge verläuft von maßgebender Seite, daß **Macdonald** sobald eine Regierung bilden würde, wenn er dazu haben würde, daß die Wählern einer Koalition mit den Liberalen ausgeschlossen sei.

## Baldwin will vor das Parlament treten.

London, 11. Dezember. Das Reutersbüro erzählt, in maßgebenden konservativen Kreisen herrsche jetzt die Ansicht, daß Baldwin nicht zurücktreten, sondern sein Amt weiterführen und vor das Parlament treten werde. Es sei keineswegs sicher, daß er, wenn er vor das Parlament treten sich in der Minderheit sehen werde. Es seien, wie verlautet, Schritte unternommen worden, um die Ansichten der Liberalen kennen zu lernen, und die Regierung habe jetzt die Genehmigung, daß seitens der Liberalen keine nennige Opposition getrieben werde.

## Das neue englische Kabinett?

Der „Daily Mail“ zufolge wird das neue Kabinett folgendenmaßen zusammengesetzt sein: Ministerpräsident **Chamberlain**, Vizepräsident **Birchall**, Justizminister **Lord Bessborough**, Außenminister **Lord Curzon**, Innenminister **Lord Curzon**, Kriegsminister **Lord Curzon**, Handelsminister **Lord Curzon**, Landwirtschaftsminister **Lord Curzon**, Gesundheitsminister **Lord Curzon**, Schatzminister **Lord Curzon**, Arbeitsminister **Lord Curzon**, Minister für die irische Angelegenheiten **Lord Curzon**.

## Anfang der Besserung?

Unter verböses und sensationenlangweiliges deutsches Volk ist in seiner Sympathie nicht nur gegenüber den Führern, sondern auch gegenüber den Einrichtungen höchst wandelbar. Bis vor wenigen Tagen war das „wertbeständige Geld“ die Sehnsucht jeder, die es nicht erzielten, und der Stolz und die Freude derer, die es hatten. Schon bald nach Beginn des Jahres erfolgte dann eine überraschend schnelle Umkehrung der bis dahin allgemein vertriebenen und gescheiterten Papiermark. Eine ganze Reihe von Schmeichlern schien darauf hinzuwirken, daß die vom Kabinett Stresemann vorgeschlagenen Reformen vorantreiben. Hochachtung hielt sich der Dollarkurs an der Berliner Börse auf 4,2 Billionen Papiermark. Die ausländische Devisenparität, die zeitweise das Vielfache der amtlichen Berliner Kurse betragen hatte, rutschte bereitwillig auf den Stand herab, auf welchem ihn die deutschen Währungs- und Finanzreformer so gern halten wollten. Dann gerieten auch die maßlos aufgeblähten Preise in Verwirrung. Fleißig und fest wurden Dillige, gestellten Bedürfnisse aus dem Publikum lebten auf. Die Währungsreform der baldigen neuen Dollarkaufse lernten um und wiesigten nun einen Ausverkauf der Papiermark. Aus verschiedenen Teilen des Reiches wurde gemeldet, daß dort Ankäufer möglichst große Beträge Papiermark an sich zu bringen suchten und gern 10 % und mehr Aufgeld gewährten. Währungsreformende vom Range des Bürokaufbüchsen oder Bankbesitzers gaben gratis ihre Meinung dahin kund, daß „die ganze Rentenmark überflüssig“ sei, und daß „man nur eher der Papiermark seinen Wert hätte geben sollen.“

So erfreulich auch die jüngste Entwicklung auf dem Devisen- und Warenmarkt sein mag, so großen Optimismus ist kein Anlaß. Die Besserung der Lage hat eine Fülle von Gründen, von denen aber keiner die Gewähr der Dauer bietet. Ende November und Anfang Dezember sind große Rollen Rentenmark in den Verkehr gesetzt worden. Wichtige Prozente der Gehälter und Löhne werden „wertbeständig“ ausgestellt. Im Publikum trägt eine merkwürdige Verwirrung ein. Wer Vorgeblich in der Weltanschauung hatte, empfand nicht mehr das dringende Bedürfnis, diesen Betrag innerhalb der nächsten Stunden möglichst restlos in Ware anzulegen. Damit ließ die ungeliebte Kaufkraft nach, und der schäumende Euphorismus erlosch. Die Produzenten (besonders von Lebensmittel) wachte. Die in wertbeständigem Geld bezahlt wurden, auf die bis dahin berechneten hohen Devisenwertungen, Mißfälligkeiten berichten. Die Not der zunehmenden Wertbeständigkeit wurde durch eine phantastische Ermäßigung des gesamten Preisniveaus gemildert. Es ist nicht zu übersehen, inwiefern internationale Finanzkräfte zur Festigung des Papiermarktkurses an den USA und Südamerika beigetragen haben. Durch unsere inländischen Finanz- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse sind die jetzigen Momente der Besserung jedenfalls nicht zu erklären. Reichsminister Marx hat am Dienstag im Reichstag ein schwaches, aber treffliches Bild der Finanzlage gezeichnet, und tags darauf hat sein Parteifreund Wog aus nochmals bestätigt, daß die Reichsausgaben zur Zeit zu weniger als 1 Prozent durch Einnahmen gedeckt seien. Die gegenwärtige Besserung der Verhältnisse ist jedenfalls ein kleiner Vorstoß auf eine grundlegende Besserung. Wir sinken ungewißlich ins alte Glend hinauf und noch viel tiefer als zuvor, wenn wir nicht das äußerste an Opfern, Arbeit und Anstrengungen leisten.

Stegelsbühner Nord Balfour. Das Blatt behauptet, dieses Kabinett würde die stillschweigende Unterstützung der Liberalen finden.

## Ein wertvolles Geständnis zweier Sonderbündler-Häuptlinge.

Paris, 10. Dezember. Die rheinischen Sonderbündler wollen nicht aufhören, von sich reden zu machen, weil sie offenbar noch immer nicht den Eindruck haben, weil sie bereits dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen. Immer sind es zwei Führer der sog. „Rheinischen Arme“, **Stettin** und **Marx**, die einem Vertreter des „Reich Journal“ gegenüber ihr Herz ausschütten. Sie legen das bescheidene Geständnis ab, daß die ganze Armee aus 30 Mann bestehe, die in Aachen gefangen seien und sich von dort nicht entfernen dürften. 30 weitere Mann ständen in Bonn und Andernach. Anders sei die Lage in der Pfalz und in Trier. Herr Marx schämt dem Vertreter des „Journal“, daß die Mehrheit der rheinischen Bevölkerung für die Separatisten sei und Preußen habe. Der Mißerfolg der ganzen Separatistenbewegung sei auf die Anwesenheit der französischen Truppen zurückzuführen, die mehr den preussischen Nationalisten als den Separatisten gedient hätten. Die Separatisten hätten eine Revolution machen wollen, die natürlich nur so stattfinden könne, daß die Wehrer aufgehoben oder erschossen würden. Das aber hätten die französischen Truppen verhindert.

# Don Rhein und Ruhr.

**Maßnahme der Arbeit unter den neuen Bedingungen.**  
 Die „R.“ weicht am Essen: Nachdem bei der Abstimmung unter den Delegierten fast durchwegs für sofortige Aufnahme der Arbeitslosenfrage unter Tage gestimmt worden war, ist gestern auf einer Anzahl Tagen die Aufnahme der Arbeit unter den neuen Bedingungen endgültig durchgeführt worden. Auf den meisten Tagen wurden die Arbeiter in vollen Umfangs wieder aufgenommen. Viele Entlassenen sind bereits wieder eingestellt. Nur eine Anzahl Arbeiter, die bei der Metallindustrie beengert die Wiederaufnahme noch gewissen Schwierigkeiten.

## Juridische Aussprüche.

**Paris, 11. Dezember.** Nach einer „Sabas“-Medung aus Düsseldorf ist am 8. November in fünf Fällen von den Besatzungsbehörden die Vollziehung von Strafen ausgesetzt worden. Es wurden drei Ausweisungsbefehle zurückgezogen.

**Am die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs in der englischen Zone.**

**Paris 11. Dezember.** Nach einer „Sabas“-Medung aus Düsseldorf findet heute in Köln eine Konferenz zwischen den englischen und den französischen Behörden über die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs in der englischen Zone statt.

## Die französischen Goldbeschäfte.

Nach Angabe des parisischen Widerstandes sind von französischen Seite die Bemühungen um die Wiederaufnahme der Goldbeschäfte in den besetzten Gebieten fortgeschritten. Nach den vorliegenden Berichten hat es sich bei den französischen Maßnahmen um keine planmäßige Fortschrittlichkeit gehandelt, wenn auch von Seiten der französischen „planmäßig“ in den besetzten Gebieten und in Frankreich sowie in den besetzten Gebieten der Pfalz Handlung getrieben wurde, der bereits jetzt zu

## Die großen Waldverwüstungen.

geführt hat. Wenn in der jetzt betriebenen Weise fortgeschritten wird, so stehen für die Waldbestände des Rheinlandes die allerschlimmsten Bedrohungen, es muß damit gerechnet werden, daß zum Zustand gekommen sind, die den Zuständen in der Eifel ähneln, die dort Bodenmeliorationen und planmäßige Aufforstungen durchgeführt waren. Allein in der zweiten Rheinabzweigung haben fünf große Waldverwüstungen stattgefunden, die den vorliegenden wertvollen Holzhaushalt zur Verfügung gelangen. Im einzelnen sind verzeichnet worden: bei einer Verwüstung in Bonn 16 000 Hektar, Koblenz 90 000 Hektar, Mainz 170 000 Hektar, Trier 160 000 Hektar, Speyer 472 000 Hektar. Insgesamt sind also rund 915 000 Hektar zur Verfügung gelangt. Außerdem ist vorgesehen, daß bei dem Fortschreiten im Raum vierundzwanzig Hektar Wald geschlagen werden sollen.

## In Erwartung der amerikanischen Wahlen.

### Geistliche wird kandidieren.

**Paris, 10. Dezember.** Wie der „Reinhof-Herald“ aus Washington berichtet, wird Cooldige demnächst offiziell seine Kandidatur für die Präsidentschaft aufstellen. Monaghan wird ebenfalls die Wahlorganisation der Republikaner und zwar auf ausdrückliches Verlangen des Präsidenten.

## Amerikanische Vertreter für die Sachverständigenausschüsse?

**Paris, 10. Dezember.** Dem amerikanischen Vorkandidat in der Reparationskommission, Oberst Logan, ist eine Reihe von Anfragen des Staatssekretärs Hughes zugegangen, worin um Auskunft über die Rolle gebeten wird, die die von der Reparationskommission einzuwickelnden Sachverständigen einnehmen sollen. In Paris glaubt man darauf schließen zu können, daß die amerikanische Regierung, indem sie solche Anfragen stellt, bereit sei, Vertreter in die Sachverständigenkommission zu entsenden. Evident ist man in englischen Kreisen der Reparationskommission der Ansicht, daß der Ausgang der englischen Wahlen das ganze Projekt der Sachverständigenkommission zum Scheitern gebracht habe und daß die neue englische Regierung Schritte unternehmen will, damit eine internationale Reparationskonferenz zusammentritt.

## „Amerikas Abrüstung“.

**Washington, 11. Dezember.** Der Marine-Sekretär empfiehlt in seinem Jahresbericht an den Kongress für dies Jahr eine Ausgabe von 30 Millionen Dollars für die Umgestaltung der amerikanischen Flotte und den Bau von acht Kreuzern und neun kleineren Schiffen sowie eine weitere Summe für die Verbesserung des Marinestützpunktes und die Erhaltung des Marineflugdienstes.

## Revolution in Mexiko.

**Paris, 10. Dezember.** „Sabas“ berichtet aus Mexiko: Berichte aus Veracruz zufolge hätten sich die revolutionären Truppen gegen die Stadt Jalapa erheben. Grenzstädte sind gemeldet: Die mexikanischen Unruhen dauern an. Die Lage scheint dadurch verschärft, daß einzelne Generale, die bisher den Präsidenten Obregón treu geblieben waren, zu den Rebellen übergingen. Die Hauptstädte werden sich um die Kontrolle von Tampico, deren die Revolutionäre sich bemächtigen.

## Der österreichische Beamtenstreik.

**Wien, 11. Dezember.** In sehr langen, bis nach Mitternacht dauernden Verhandlungen erwiderte die Regierung mit dem Österreichischen Beamtenstreik, das die angriffenden Gruppen der österreichischen Beamenschaft besteht und die Verhandlungen am Abend den Streikbeschluss gestiftet hatte, neuerlich alle Forderungen. Die Regierung schlug ein Reformprogramm vor, das eine Renormierung des gesamten Dienstverhältnisses bezieht. Obwohl diese Forderungen von den Beamten als nicht anerkannt wurden, ließen sie demnächst neue Forderungen nach einer Auszahlung von Weihnachtsgeld, und obwohl die Regierung auch hier Entgegenkommen zeigte, erklärten sie diese Entgegenkommen als nicht genügend und bezeichneten die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen.

## Neuauflösung des Kohlenyndikals.

Am Subreviser hat Comandant die entscheidende Mitabstimmung des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikals stattgefunden, welche über die Frage der Erneuerung des Syndikats Bescheid lassen soll. Es wurde beschlossen, eine Neuauflösung des Syndikats vorzunehmen. Die Neuorganisation soll den Namen „Verkaufsvereinigung für die Berechtigung von Ruhrkohle“ führen und bis zum 31. März 1924 dauern. Es wurde jedoch zur Vorauszahlung gemacht, daß bis zum 14. Dezember 24 Prozent der Ruhrpreisen für dieses Abkommen erklären. Das Kohlenyndikatsgesetz bezieht natürlich noch auf West und hat auch für das besetzte Gebiet Gültigkeit. Nach den Bestimmungen des Kohlenpreiszugriffes muß ein Abgangsnachteil gebildet werden, wenn ein feststehendes Syndikat nicht zustande kommt. Wie sich die Verhandlungen zwischen den Kohlenbesitzern und den Ruhrpreisen mit der Weimarer Entwicklung, ist noch ungewiss.

# Ein stürmischer Tag.

## Um die gemeinnützige Arbeit für geachtete Erwerbslosenunterstützung.

### Sitzungsbericht über die Stadtratsversammlung vom 10. Dezember 1923.

Schon lange vor Beginn der Sitzung ist die Tribüne von Kommunisten und der Sozialist erfüllt.

Auch die einzelnen Fraktionen sind stark besetzt. Die Bürgerlichen sind vollständig. Auf der Tribüne stehen einige Kommunisten und der Sozialist.

Um 6 Uhr 5 Minuten eröffnet der Vertreter des Stadtverordneten-Vorherrers, Stadtd. Daniel die Sitzung. Kurz darauf geht es an die Erledigung des 1. Punktes der Tagesordnung, der die

### Wahl eines unbesetzten Stadtrats

vorsteht. An Stelle des ausgeschiedenen Stadtd. Bauer muß Ersatz geschaffen werden. Der SPD. lag es ob, dafür zur Sprache, die 5 Kandidaten die Herren Sirschold und Wenzel nannte. Die geheime Wahl ergibt 18 Stimmen für Wenzel und 3 für Sirschold bei 7 verpflichteten Wählern.

Auch Punkt 2 der Tagesordnung wird ohne Debatte erledigt.

Für den ausgeschiedenen Stadtd. Frauenheim müssen mehrere Möglichkeiten für die bescheidenen Kommissionen geachtet werden. Die hierzu gemachten Vorschläge zu den

### Ergebnisse von Deputationen und Kommissionen

finden die einstimmige Genehmigung des Collegiums.

Punkt 4 der Tagesordnung beschäftigt sich mit der Beschäftigung über die

### Grundsteuer.

Stadtd. Her begründet die Vorlage des Magistrats mit denselben Worten, die wir in der Freitag-Ausgabe unserer Zeitung bereits drachten. Zunächst freut sich

Stadtd. Wenzel, daß der Regierungsrat, die Grundsteuer auf 1 Prozent erhöht hat, nicht aber auf dem Standpunkt, daß dieses ein Prozent für kleine Beamte, Angestellte und Arbeiter, die ihren Schrebergärten besitzenden, noch immer zu hart ist und stellt den Antrag, die Höhe dieser Steuer gänzlich zu befreien.

Stadtd. Koenen lehnt es im Namen seiner Fraktion ab, der Vorlage zuzustimmen, da sie eine Mietssteigerungssteuer sei, die auf die Mieter abgewälzt würde und stellt den Antrag, die Höhe dieser Steuer gänzlich zu befreien.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Darauf folgt: Die Vorlegung des Regierungsratspräsidenten darth die bei der städtischen Grundsteuer der Steuerfuß für die unbesetzten Grundstücke zu 2 Goldpfennigen auf 1 Goldpfennig für je 10 000 Wert herabgesetzt wird, beizutreten wird.

Die städtische Grundsteuer mit dem 31. Dezember 1923 in Kraft kommt und

3. mit Wirkung vom 1. Januar 1924 für die Stadt an Zuschlägen zu der staatlichen Steuer von Grundbesitzern a) bei bebauten Grundstücken ein Zuschlag von 100 Proz., b) bei unbesetzten ein Zuschlag von 200 Prozent erhoben werden sollen.

Punkt 5 wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Danach lautet der Antrag VII zur Drucksache und Gegenüberstellung der. Die Vollanpassung der Stadt. Wenzel.

Auf Grund der Vorlage 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und der Vorlage 4 7 und 8 des R. V. G. vom 14. Juli 1893/26. August 1921 wird folgender Antrag zur Drucksache und Gegenüberstellung, betr. die Vollanpassung der Stadt. Wenzel:

Punkt 6, Abs. 1, Satz 1 erhält folgende Fassung:

Für den Anschlag des Grundbesitzes an die städtische Realisation hat der Eigentümer eine einmalige Gebühr in Höhe von je 2 v. des Wertes (bezt. Punkt 8) an das angeschlossene Grundstück zu zahlen.

Punkt 8 erhält folgende Fassung:

Die Vermögensgebühr wird bei bebauten Grundstücken nach dem Werte erhoben, bei für die städtische Realisation nach dem Grundbesitz erhoben, bei für die städtische Realisation bei 1000 Mark des Wertes ein bestimmter Vermögensbetrag als Anlagegebühr festgelegt. Der Vermögensbetrag ist örtlich bekannt zu machen.

At ein Grundstück bebaut ist, so ist für die Benutzung des Kanals eine Jahresgebühr von je 1/2 Pfennig für das an denjenigen Grundstücken, die an die Kanalisation angeschlossene Grundstücke zu zahlen, welche die Niederschlagswasser dem Kanal zuführen, oder zu einer Befestigung dienen, deren Abwasser dem Kanal angeführt werden. Die Gebühr wird nach vollen 20 Pfennig erhoben. Beträge unter 20 Pfennig bleiben außer Anschlag.

Am Punkt 9 wird das Wort „Anschlagswert“ durch das Wort „Wert“ (vegl. Punkt 8) ersetzt.

Punkt 13 erhält folgende Fassung:

Die gemäß Punkt 8, 8 zu zahlende Gebühr ist die Gebühr in Goldwert. Die Gebühr ist in Banknoten, Reichsbanknoten oder Reichsbanknoten zu entrichten, die auf deutsche Währung lauten.

Das Verhältniß zu dem die Zahlung der Steuer in deutsches Währungsgeld umzusetzen sind, richtet sich nach den vom Reichsfinanzminister festgesetzten Goldwährungssatz.

Die Gebühr ist allmonatlich am 15. d. M. Sie ist unaufgefordert zu entrichten. Besondere Mitteilung an den Grundbesitzer erfolgt nicht.

Dieser Antrag tritt mit dem 1. Januar 1924 in Kraft.

Punkt 6 bringt die Grundsteuer

zur Debatte. Stadtd. Richter spricht von unterernährten Kindern und gutgehenden Kindern.

Stadtd. Wenzel glaubt einen Steuerfuß von 40 Mark zu hoch und stellt den Antrag auf Herabsetzung auf 20 Mark.

Stadtd. Wenzel macht den unmöglichen Vorschlag, die Grundsteuer zu befreien, die in Hausaltungen leben, denen eine Kapitalsteuer fehlt.

Überbürgermeister Herzog: Wir bestreiten die Hundsteuer und die Stadtsteuer zu bekommen. Wenn wir aber nach dem Antrage Regier handeln, so wird statt einer Befreiung, eine Belastung des Beamtenapparates eintreten, die die Steuer wieder ansteigt.

Stadtd. Dr. Heilmann und Koenen stimmen der Vorlage des Magistrats zu.

Die Abstimmung über den Antrag Wenzel ergibt negativen Erfolg und die Magistratsvorlage wird angenommen, nach der die Grundsteuer für einen Hund 10 Goldmark Hundsteuer erhoben werden.

Auch die Magistratsvorlage über die Verwaltungsgeldentwertung als 7. Punkt der Tagesordnung wird mit der Einschränkung angenommen, daß Befreiungen zur Erlangung der sozialen Höhe von der Gehaltsordnung zu befreien sind.

Die Beschäftigung über die Generalsekretäre, die wir bereits in unserer Freitagsausgabe brachten, wird ohne Debatte angenommen.

Ein größerer Disput entspinnt sich um den letzten Punkt der Tagesordnung, um die

### Kürzung der Leitung der städtischen Werke.

Wir haben die diesbezügliche Magistratsvorlage mit Begründung am Sonnabend gebracht.

Stadtd. Dr. Heilmann fragt an, welche Ausgaben eigentlich gemacht worden sind, u. ob durch die Maßnahme des Magistrats eine Beschäftigung eintritt.

Überbürgermeister Herzog: Die Maßnahme ist eine des Abbaus. Aus dem weiteren Verlauf der Erörterungen ergibt sich, daß tatsächlich — auch wenn der gemeinsame Direktor nach Gruppe 11 befohlen wird — eine große Werkleitung eintritt.

Stadtd. Koenen glaubt nicht an Sachleute, die auf drei Gebieten gleich befragen sind.

Stadtd. Koenen: Es kommt hier auf Vereinfachung des Systems an. Wir wollen abbauen. Nun die Gelegenheit günstig ist, weicht man sich indirekt gegen einen solchen Mann, der ein entscheidendes Wort im Antrag Wenzel. Wir legen über 500 Vorschläge vor, die mit Gruppe 11, wenn nicht gar mit 10 aufeinander gestellt sind. Wir brauchen auch Kaufleute. Die aufwändige Buchführung geht über die bisherigen.

Nachdem noch Überbürgermeister Herzog und Stadtd. Dr. Heilmann auf der Frage sich kurz gefaßt haben, erneuert Stadtd. Wenzel seinen Antrag.

Stadtd. Wenzel: Ich bin für Gruppe 11 und glaube, daß ein Direktor vollausgenügt. Es kommt nicht darauf an, es ein technischer oder kaufmännischer Direktor ist. Es kommt darauf an, daß er etwas leistet. Auch besteht bei zwei Direktoren die Gefahr einer zeitlichen Nebenbuhlerschaft.

Stadtd. Daniel, Richter, Dr. Heilmann sprechen noch ein kurzes Wort.

Darauf wird die Vorlage angenommen.

Nach dem der Tagesordnung fand die von uns am Montag wiedergegebene Magistratsvorlage über

### Gemeinnützige Arbeit für geachtete Erwerbslosenunterstützung.

Hierüber können folgende Arbeiten ausgeführt werden, die sonst hätten unterbleiben müssen:

- 1) Abschichtung am Lagerplatz an der Reichstraße.
- 2) Durchbruch Sand-Weichenstraße.
- 3) Verbreiterung der Schulstraße.
- 4) Reinigung und Instandsetzung der Parkanlagen durch Frauen.
- 5) Anlage eines Parkwegs unterhalb von Siednersberg.
- 6) Gegebenenfalls Säuberarbeiten.

Stadtd. Richter, selbst arbeitslos, fordert, Mittel zu beschaffen, um die Erwerbslosen zu beschäftigen. Es ist notwendig, ausgehungerter Erwerbslosen Arbeiter zuzumuten, für die sie nicht wohl bezahlt werden. Die große Arbeitslosigkeit ist nur dadurch hervorgerufen, daß die Arbeitgeber die Wohlmeinlichkeit der Arbeiter (?) die Erwerbslosen fordern: Arbeit, Arbeit und Arbeit.

Stadtd. Richter: Ich habe den Befehl von der Tribüne, die, wie einmütig gesagt, von Arbeitlosen überfüllt ist, bezeugt, daß der kommunistische Stadtrater zu recht nach dem Sinne der Arbeitlosen gesprochen hat. Mehrmaliges Festschlagen des Präsidenten kann erst die Ruhe wieder herstellen.

Stadtd. Richter: Ich als Vertreter des Stadtd. Vorherrers, mach die Arbeitlosen darauf aufmerksam, daß sie sich die Verammlung anhören könnten, aber durchaus nichts mitzureden hätten. Auch die Befehlsbegehungen hätten unbedingt zu unterbleiben.

Überbürgermeister Herzog: Arbeit wird ihnen gegeben.

Erweiterer Sturm auf der Tribüne, die folgenden Worte sagen im Raum unten: Zurufe: Warum nicht eher? Wir haben den Willen richtige Beschäftigung zu erhalten.

Überbürgermeister Herzog: Ich habe den Befehl von der Tribüne, die, wie einmütig gesagt, von Arbeitlosen überfüllt ist, bezeugt, daß die Arbeitlosen nicht genehmigt war. Erst durch die Tagesordnung vom 17. 11. 1923 ist es dazu gekommen. Wir glauben damit einen ganz besonderen Dank der Erwerbslosen zu erbringen, daß wir ihnen Arbeit verschaffen. (Wieder neuer Sturm auf der Tribüne.)

Die Vertreter der Arbeitlosen waren bis jetzt anderen Ansichten als hier Stadtd. Richter gesagt hat. Wir wollen weiter nichts, als jenen Leuten, die immer sagen, wir wollen keine Almosen, wir wollen Verdienst, Arbeit geben.

Stadtd. Richter fordert volle Beschäftigung der gezeichneten Arbeit.

Der Verwaltungsausschuss hat die Erwerbslosenunterstützung von Gegenseitigkeit abhängig gemacht. Bei einer 48stündigen Arbeit werden die Unterhaltungen plus 60% gegeben. Ein Wegzucken macht den Reichsbeitrag bedingungslos. Viele Sondergaben dürfen nicht gestrichelt nicht geben.

Stadtd. Wenzel: Ich kann sehr wohl verstehen, wenn die Arbeitlosen mehr verlangen. Ich kann aber nicht verstehen, wenn sie sagen, man will keine Almosen. Es ist hier kein Almosen. Es ist ein Geld, was jedem Arbeitlosen gesetzlich zusteht. Ich gebe zu, es ist ein schlechtes Geld, Geld zu empfangen, für welches man keine Gegenleistung bieten kann. Jedem aber, der auf dem Standpunkt steht, daß die Vorlage des Magistrats erziehen (Lachen und Zustimmung) bei den Arbeitlosen. Diese Vorlage müßte Herr Richter begrüßen.

Stadtd. Richter gibt zu, daß viel gegeben worden sei. Darauf hält Stadtd. Koenen eine 45 Minuten lange kommunistische Programmrede in der er einen Antrag formuliert, der zum Schluß zur Abstimmung gelangt. Darauf wird die Magistratsvorlage einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag, der nicht auf die Tagesordnung gestellt war, bezieht sich auf einen Anschlag in Höhe von 24 000 Dollar, die in Süddeutschland zu 21 Goldmark (= 6 Mark) fest, die in Süddeutschland ausgegeben werden sollen. Der Anschlag ist auf 5 Prozent festgelegt. Die Stadt hafet mit ihrem gesamten Vermögen. Die Vorlage wird angenommen.

Zum Schluß kommt noch der Antrag Koenen zur Abstimmung, nach dem sich die Stadtverordneten-Versammlung für dieses Abkommen erklären. Das Kohlenyndikatsgesetz bezieht natürlich noch auf West und hat auch für das besetzte Gebiet Gültigkeit. Nach den Bestimmungen des Kohlenpreiszugriffes muß ein Abgangsnachteil gebildet werden, wenn ein feststehendes Syndikat nicht zustande kommt. Wie sich die Verhandlungen zwischen den Kohlenbesitzern und den Ruhrpreisen mit der Weimarer Entwicklung, ist noch ungewiss.

Stadtd. Richter: Ich habe den Befehl von der Tribüne, die, wie einmütig gesagt, von Arbeitlosen überfüllt ist, bezeugt, daß die Arbeitlosen nicht genehmigt war. Erst durch die Tagesordnung vom 17. 11. 1923 ist es dazu gekommen. Wir glauben damit einen ganz besonderen Dank der Erwerbslosen zu erbringen, daß wir ihnen Arbeit verschaffen. (Wieder neuer Sturm auf der Tribüne.)

Die Vertreter der Arbeitlosen waren bis jetzt anderen Ansichten als hier Stadtd. Richter gesagt hat. Wir wollen weiter nichts, als jenen Leuten, die immer sagen, wir wollen keine Almosen, wir wollen Verdienst, Arbeit geben.

Stadtd. Richter fordert volle Beschäftigung der gezeichneten Arbeit.

Der Verwaltungsausschuss hat die Erwerbslosenunterstützung von Gegenseitigkeit abhängig gemacht. Bei einer 48stündigen Arbeit werden die Unterhaltungen plus 60% gegeben. Ein Wegzucken macht den Reichsbeitrag bedingungslos. Viele Sondergaben dürfen nicht gestrichelt nicht geben.

Stadtd. Wenzel: Ich kann sehr wohl verstehen, wenn die Arbeitlosen mehr verlangen. Ich kann aber nicht verstehen, wenn sie sagen, man will keine Almosen. Es ist hier kein Almosen. Es ist ein Geld, was jedem Arbeitlosen gesetzlich zusteht. Ich gebe zu, es ist ein schlechtes Geld, Geld zu empfangen, für welches man keine Gegenleistung bieten kann. Jedem aber, der auf dem Standpunkt steht, daß die Vorlage des Magistrats erziehen (Lachen und Zustimmung) bei den Arbeitlosen. Diese Vorlage müßte Herr Richter begrüßen.

Stadtd. Richter gibt zu, daß viel gegeben worden sei. Darauf hält Stadtd. Koenen eine 45 Minuten lange kommunistische Programmrede in der er einen Antrag formuliert, der zum Schluß zur Abstimmung gelangt. Darauf wird die Magistratsvorlage einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag, der nicht auf die Tagesordnung gestellt war, bezieht sich auf einen Anschlag in Höhe von 24 000 Dollar, die in Süddeutschland zu 21 Goldmark (= 6 Mark) fest, die in Süddeutschland ausgegeben werden sollen. Der Anschlag ist auf 5 Prozent festgelegt. Die Stadt hafet mit ihrem gesamten Vermögen. Die Vorlage wird angenommen.

Zum Schluß kommt noch der Antrag Koenen zur Abstimmung, nach dem sich die Stadtverordneten-Versammlung für dieses Abkommen erklären. Das Kohlenyndikatsgesetz bezieht natürlich noch auf West und hat auch für das besetzte Gebiet Gültigkeit. Nach den Bestimmungen des Kohlenpreiszugriffes muß ein Abgangsnachteil gebildet werden, wenn ein feststehendes Syndikat nicht zustande kommt. Wie sich die Verhandlungen zwischen den Kohlenbesitzern und den Ruhrpreisen mit der Weimarer Entwicklung, ist noch ungewiss.



# Das Gespenst.

Roman von Otto Goldmann.

Copyright 1920 by Carl Daxker, Berlin. (Erschließungsgeschütztes Formel für den Schutz in den Verein. Staaten.)

35)

Nachdruck verboten.

Sie schaute nur noch der Nachweis dafür, wie dieser Mensch in den Bergbau gelangt sein und was ihn — ah! — ah! — ah! seinem Bestreben, der verhassten Herrschaft einen Streich zu spielen — in das Turmzimmer geführt haben mochte. Wenn dies Leben, noch schlafenden Glieder gehoben worden, schloß sich die Kette und Cornelius konnte wieder abtreten. Aber dann! Welche, die vielstetig schon auf dem Wege hierher war? Die mußte eben wieder umkehren. Um so besser, Dann heimliche Cornelius allein die Treppe hinunter.

Und Genia? Wie? Genia? Cornelius schaut bei diesem Gedanken zusammen. Welchen Sinn hatte er ihm unwillkürlich untergelegt? Genia war die Tochter des Hauses, das man von einem „Gespenst“ befreit hatte, und der man beim Abschied eben die Hand küßte, wie so üblich. Und dann fuhr man halt nach Berlin zurück, schätzte sich in neue Unternehmungen und schloß sich ein paar blaue Augen, ein vergnügt winkendes grünes Mädchen aus dem Sinn. . . . Cornelius seufzte kurz auf, schloß sein Zimmer ab, in dem er jene „Kette“ geschmiebelt hatte, und begab sich wieder auf den Hof, um dort ziemlich planlos auf und ab zu wandern.

Die „Entbindung“ im Stalle war unterdessen vor sich gegangen. Hochroten Gefächts waren verschiedene Mägde, die Mamsell und zuletzt Bruno Küchenmann heraus. Beherter brannte sich eine Zigarette an. Cornelius lästete den Hut: „Ach, wenn Sie so liebenswürdig sein würden, mir auch etwas von Ihrem Feuer zutun lassen. . .“ „Bitte, mit dem größten Vergnügen!“ Der andere reichete dem Detektiv seine Zigarette. Mit feiner Miene verriet der „Jagdgast“, daß seine scharfen Augen gelesen hatten: „Stationsmann, Weilmünster“. Er tat nur einen tiefen Zug durch die Lunge und meinte dann nachlässig: „Ah, eine englische?“ Bruno Küchenmann befragte mit höflichem Stolz: „Ich rauche nur englische.“ „Hm. Das ist aber eine ziemlich gefährliche Gewohnheit.“

Der junge Techniker sah ihn betroffen an. „Gefährlich? Wie meinen Sie das?“ Cornelius lachte trocken. „Es soll Opium darin enthalten sein. . .“ „Und wenn schon?“ fragte der andere etwas dazwischen. „Ich meine weniger die Bekanntheit, als die Gefahr, daß dem Raucher während des Gewinnes vorübergehend leicht schwindelig wird, daß er die nötige Überlegung verliert, sich in eine gewisse Sorglosigkeit einschließen läßt. . .“ „Wenn ein solches Stadium mir aber angenehm wäre, wenn ich es suchte. . .“ „Das ist Gefahrgut“, versetzte Cornelius abschließend, „für mich wäre es nichts.“

Er drehte sich auf dem Hofe herum. Die Kette schloß sich zu schließen. Doch noch war es zu früh, um zuzupacken. Der andere sah ihn mit trotzigem Lächeln nach.

## 12. Kapitel.

Wider Erwarten erschien Genia noch nicht an der gemeinsamen Mittagstafel. Sie mußte durch irgendeinen Umstand die Gunst der Eltern von neuem verfehlt haben. Die Kopfschmerzen, die von der Mutter flüchtig gestreift wurden, waren für Cornelius keine zureichende Entschuldigung, denn er hatte sich eine Stunde vorher in seinem eigenen Zimmer davon überzeugt, daß das junge Mädchen wieder frisch wie am Tag zuvor war. In diesen und andere Gedanken verfunken er sich mechanisch und geistesabwesend. Auch die anderen Herrschaften schienen zu einer umfangreicheren Unterhaltung nicht aufgelebt zu sein und so verließ die Mahlzeit still und ziemlich schnell.

Cornelius war am Nachmittag sich selbst überlassen. Der Hauptmann und seine Frau fuhren über Land, um eine verheiratete Freundin in Schloßas zu besuchen. So trieb er sich auf dem Hofe, im Schloßpark herum, überall mit offenen, wachsamem Augen. Stieg auch ein, zweimal auf den Turm und blickte lachend nach den Türmen Bernstads hinüber, die in leichten Nebel gehüllt herübergrühten.

Hinter der Tür, wo Genia in einsamer Verbanung schmachtete, war es den ganzen Nachmittag über still. Engelke Junior, der ihr den Tee zu bringen hatte, kam mit unbeweglichem Gesichtsausdruck wieder aus dem Zimmer heraus. Cornelius verfuhrte, ihn durch einen größeren Gedächtnis zu besuchen, um irgendeinen Verbindung mit der Anstalt des „Kerkers“ herzustellen. Der Diener schien aber seine Hand nicht zu sehen und erwiderte auf die drängende Frage, mit was sich Genia beschäftigte, nur knapp und zurückweisend: „Das gnädige Fräulein schreiben!“

Wer Genia näher kannte, der hätte bei dieser Auskunft allerdings ein betroffenes Gesicht gemacht, denn wenn Genia zur Feder griff, dann mußte bei ihr die Verzweiflung einen schlimmen Grad erreicht haben. Zwischen fünf und sechs Uhr flog ein Papierknäuel in weitem Bogen in den Schloßpark. Dies Ereignis erregte Cornelius, da er sich in diesem Augenblicke gerade auf dem Hofe befand und nachdenklich in eine dunkel schillernde Fäulnis blickte, als ob er dort die Lösung des Rätsels: wo sind die beiden fehlenden Glieder meiner Kette? zu finden hoffte. Zwischen fünf und sechs Uhr gegen sieben Uhr, es begann schon abendlich kühl zu werden, wurde sein Auge durch ein schimmerndes Etwas aufmerksam gemacht, das wiederum, in weitem Bogen aus einem der Fenster des ersten Geschosses ins freie Geshleubert zwischen die Bäume fiel. Eine Volfchaft? fuhr ihm durch den Kopf. Er hastete die Treppe hinab und fand nach längerem Suchen im Schloßpark an einer ungewohnten Stelle im Gebüsch ein gar arg zerkrümeltes und zusammengeballtes Blatt Papier, das mit einer engen Schrift bedeckt war.

Die Volfchaft für ihn konnte dies kaum bedeuten. Denn solche Mitteilungen pflegt man weder mit einer solch erschütternden Art zusammenzufassen, wie es geschehen sein mußte, noch war der Ort der Auffindung für einen nicht abnehmenden Verdacht ein passend gewählter. Cornelius war aber nun einmal Detektiv und fühlte sich als solcher be-

rechtigt, ja verpflichtet, auch den Geheimnissen, die auf dem ungenutztesten Papierstücke enthalten konnten, nachzugehen. Sorgfältig prüfte er also das Blatt glatt und las mißsam folgendes:

„Oh Unglück, du stolzer Bau, Was ist aus dir geworden? Den Augen traue ich, Arme, kaum, Dein Nimbus ist gemorben, Wo sind die alten Zeiten hin, Wo Knapp und Ritter schritten Zum Spiel, zum Kampf mit mutigem Sinn, Das Burgfräulein inmitten? Der Ritter kämpfte, siegte, litt, Bis sich die Sonne neigte. Da wußte er, für wen er stritt, Vor wem das Antlitz er beugte. Er huldigte der Schönheit, Anmut, Milde Der Starke, Er, dem können Blick Gefehret vor dem Frauenbilde.“

— Hier war eine Zeile ganz energisch durchgestrichen. —

„Doch heut? — Die frische Wunde schmerzt. — Was ist mit uns geschehen? Wo ist der Ritter wohl beherzt — Er läßt sich nicht mehr sehen! Wo Speer und Harnisch blutig kämpften, Da sieht man jetzt's Monatel glänzen. Die einzige Gänge ist dem Gott Ein laubter Krone, reines Hemd. Die Maid von heute, die tut wagen, Der Herr der Schöpfung, er ist „müde“! Sie schielte sich in den Turm ganz ohne Zagen, Und opfert ihrer Jugend Blüte. Das End vom Lieb ein Hausarrest. Und pöpstlich meint er: „Ich find, Solche Affären schaden nur dem Teint, mein Kind“ Ich bin auf meine Tat nicht stolz, Tat's Euch auch nicht zu Gefallen. Jedoch ich seh: Der Bohrerum tickt im morschen Holz. Die Zinnen sind zerfallen. Es gab ein „gehern“, gibt ein „heut“, Und jedes Lieb hat einen Schluß. Interesse gehen, liebe Zeit? Heut haß' ich Euch, Cornelius!“

„Wie fürchtbar — sie dichtet schon!“ fragte der so Geschmähte erschüttert und blickte unsicher in die Höhe. Doch an der langen Reihe der Fenster ließ sich kein menschliches Wesen sehen. Er faltete das Blatt Papier mit diesem herzerweichenden, etwas zerfahrenen Ergüsse zärtlich zusammen und barg es sorgfältig in seinem Notizbuche. Als er wieder in seinem Zimmer anlangte, betrachtete er sich im Spiegel. Wahrschäftig! Er war tot geworden. Es gibt aber auch eine Warte der Freunde, nicht nur eine solche der Scham. Und schämen hätte er sich doch eigentlich sollen, wenn es nach dem Sinne der Dichterin gegangen wäre. (Fortf. folgt.)

Die Verlobung ihrer ältesten Tochter **Jise-Marie** mit **Herrn Ernst Ulrich**, Provinzialverwaltungsrat in Merleburg, zeigen hierdurch an

**D. Friedrich Windkler**, Salitz bei Zellitz  
**Berthi Windkler** geb. Frein von Wangenheim.

Meine Verlobung mit **Fräulein Jise-Marie Windkler**, Tochter des Herrn D. Friedrich Windkler auf Salitz und der Frau Berthi Windkler geb. Frein von Wangenheim zeige ich hierdurch an

**Ernst Ulrich**,  
Provinzialverwaltungsrat.

**Gestrickte Damen-Jacken**  
in Wolle und Kunstseide  
**Jumper — Blusenschoner**  
**Berchtesgadener - Jackchen**  
empfehlen in reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert  
**H. Schnee Nachf.**  
A. & F. Ebermann  
Halle a. S. Gr. Steinstr. 24.

Ein oder zwei gut möbl. Zimmer  
mit oder ohne Verpflegung zu mieten gesucht. Offerten werden unter 450/23 an die Expedition dieses Blattes erbeten

Gut möbl. Zimmer sofort gesucht. Off. Offerten bitte an C. F. 100 Geschäftsstelle d. Bl.

**Gummi**  
Spül-Apparate  
Duschen, Clysos  
Spritzen, Irrigatoren  
Spülmittel,  
Damenbinden und Gürtel  
Bedarfsartikel f. Wochenbett und Krankenpflege  
**C. Klappenbach**  
Halle/S., Gr. Ulrich tr. 41

Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Schlafzimmer  
Küchen und  
einzelne Möbel jeder Art  
empfehlen in großer Auswahl  
**G. Schauble**  
Möbelfabrik  
Galle-S., Gr. Märkerstr. 20  
am Ratskeller.

Metallbetten  
Stahlmatt-, Kinderbett, div. Private, Katal. 59 C. frei.  
Eisenmöbelfabr. Hübl (Th.).

**Stadt-Schützenhaus, Halle am Königsplatz.**  
Vornehmes öffentliches Verkehrslokal  
Leistungsfähigste Küche  
Gute Biere und Weine  
Dem Halle besuchenden Publikum bestens empfohlen.  
Telefon 6846. Ernst Hempel.

**Union-Theater (De-Gi-Be-Konzern)**  
Telefon 53. — — — Telefon 53.  
**Beth's Gesellschaftshaus.**  
Ab heute Dienstag:  
**Wilhelm Tell**

**Stadttheater Halle.**  
Dienstag, abds. 7 1/2 Uhr.  
**Flachsman als Erzieher.**  
Luftspiel in 3 Akten.  
Mittwoch, abds. 7 1/2 Uhr:  
**Die lustig. Weiber von Windsor.**  
Oper von Nicolai. (Nach dem gleichnamigen Lustspiel W. Shakespear's.)

**Koch's Künstlerspiele.**  
„Bunte Bühne“  
Jägergasse, Halle.  
Dir. Albert Koch.  
Die führende  
**Kleinbahn-Bühne**  
Jeden Abend 8 Uhr.  
Sie feierhaften Vorstellungen erster Künstler von Großstadt Bühnen.

**ZIGARETTEN!**  
Für Händler und Gastwirte!  
Beliebte Marken, goldgelber Tabak  
Goldmundstäck 1000 St. Mk. 20.—  
Preiböh. Herzog v. Burgund 1000 „ „ 30.—  
Dabec Gold, großes Format 1000 „ „ 40.—  
liert prompt per Nachnahme  
**Zigaretten-großhandlung D. Glaser**  
Telefon 28049. Leipzig, Neumarkt 21.

Durch denkbar günstigsten Einkauf von 10 Stück besten Rindern bin ich in der Lage  
**Mast-Rindfleisch**  
von nur guter Qualität zu konkurrenzlos billigen Preisen in meinem Geschäft Bürgergarten 2 zum Verkauf zu bringen.  
Verkaufstage Mittwoch bis Sonnabend vorm. von 9 bis 12 Uhr und nachm. von 2 bis 5 Uhr. — Vorbestellung unter Fernsprecher 28.

**L. Nürnberger.**  
**Goldbuchführung.**  
Jeder Kaufmann muß heute in seinen Büchern Goldwert und Papierzahlung nebeneinander führen. Ohne solche Anordnung ist nicht mehr auszukommen.  
Wir liefern in kürzester Frist Geschäftsbücher mit Gold- und Papier-Kolonnen in allen gemäßigten Ausführungen und Einbauten.  
Probeflächer und Mustereinbände können in unserer Zweiggeschäftsstelle Goltzhardtstraße 38 eingesehen und bestellt werden.  
Auf Wunsch Vertreterbesuch.  
Merseburger Druck- und Verlagsanstalt  
**L. B a l g**  
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Drogerie u. Parfümerie **Carl Saak, Halle S., Rannische-straße 6.**  
Gegründet 1886. — — — Fernruf 3686.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Waschmittel, Seifen, Bürsten, Kammmwaren, Christbaumschmuck, Lichte usw.

**frische Eier**  
eingetroffen  
**E. Triethen & Co., Delgrube 7**  
Gebräuchter Auszieh Tisch  
solide Stühle  
zu kaufen gesucht. Offert. mögl. mit Preisang. unt. D. D. 78 an die Exp. d. Bl.